

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser trifft, wie verschiedene Blätter melden, Anfang Mai zu kurzem Aufenthalt in Danzig ein. Der kaiserlichen Werft selbst ist bekannt gegeben worden, daß der Kaiser den Fortgang der Arbeiten an dem Panzerkreuzer "Fregat", welcher im August zur Abfertigung fertig sein soll, und an dessen Schwesterschiff "Vimeta" besichtigen will.

* Die Petitionskommission des Reichstages beschloß, dielem eine Resolution vorgezuhängen, wonach dem Kaiser die Kosten eines Kaisers Friedrich-Denkmales aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

* Der erkannt gewesene preuß. Eisenbahndienstchef Thiele hat am Mittwoch früh bereits das Bett verlassen können und befindet sich völlig wieder wohl. Nur aus Schönungssüchtigen wird der Minister noch einige Tage das Zimmer hüten.

* Infolge der außergewöhnlich milbenwütigen dieses Winters ist die Eisgewinnung vielfach hinter dem Bedarf erheblich zurückgeblieben, und es wird daher Eis in größeren Mengen aus weiterer Ferne auch auf der Eisenbahn bezogen werden müssen. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung einer ausgiebigen Versorgung mit Eis hat der preußische Eisenbahnen-Minister zur Gleichsetzung dieses Besuges genehmigt, daß für Eis in vollen Wagenladungen bis zum 1. Juni d. ein allgemeiner Ausnahmetarif für den ganzen Staatsbahnbereich zu den gleichen Stufen eingeführt wird, wie sie noch dem Ausnahmetarif für Wegebaumaterialien berechnet werden. Diese Maßnahme ist auch im Verkehr mit anderen Bahnen durchzuführen. Den Bundesregierungen mit Staatsbahndienst ist hieron Mitteilung gemacht, die Eisenbahn-Kommissare sind ermächtigt worden, den ihrer Ansicht unterstellten Privatbahnen die Genehmigung zur Einführung gleicher Tarifermäßigungen zu erteilen. Für den Bevölkerung der preußischen Staatsbahnen wird die Einführung des Ausnahmetarifs alsbald allgemein veranlaßt werden.

* Über die sog. Brannweinschärfen hat der Reichskanzler Erhebungen angeordnet. Die Brannweinschärfen bezwecken, einem alkoholarmen Brannwein den Geschmack eines alkoholreichen zu geben. Von dem Ergebnis dieser Erhebungen wird es abhängen, ob weitere gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Verwendung von Brannweinschärfen getroffen werden.

* Sechzig Vetter von Privatstädten haben an den Reichstag eine Einzelgericht, um die Annahme des Gesetzentwurfs betr. die Erweiterung des Postregals zu verhindern, wodurch ihnen das bisherige Recht der Beförderung geschlossener Briefe entzogen würde.

* Die Aussichten der Flottenlage berechnet die Köln. Börszeitung, wie folgt: "Wird die 'Verhandlung', die man bereits als feststehend behandelt, trotz der noch vorhandenen Schwierigkeiten erzielt, so gestalten sich die Aussichten folgendermaßen: gegen das Gesetz stimmen 48 Sozialdemokraten, 20 Polen, 28 Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei, 12 der Süddeutschen Volkspartei, 9 Elsb.-Lothringer, etwa 8 Wölfe, wahrscheinlich auch einige Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung, vielleicht 4, und einige Antisemiten, vielleicht 3, zusammen 132. Dafür stimmen 57 Konservative (vorausgesetzt, daß nicht einige Landwirktümber da gegen stimmen oder fernbleiben), 25 Freikonservative, 49 Nationalliberale, 9 Antisemiten, 9 Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung, 14 Wölfe, zusammen 163. An der Mehrheit würden dann noch 36 Stimmen fehlen; es müßte also von dem 101 Mann starken Zentrum ein gutes Drittel für den Kompromiß eintreten, wenn er durchgehen soll."

* Bis Ende 1897 haben die deutschen Versicherungs-Anstalten ausgegeben für den Bau von Arbeitervorwohnungen rund 21½ Mill. M., zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kredit-Bedarfes rund 17½ Mill. M., für den Bau von Kranken- und Genesungs-

heimen, Herbergen zur Heimat, Kleinkinderschulen, für Krankenpflege-, Spar- und Konsumvereine und ähnliche Wohlfahrtsanstaltungen rund 10% Mill. M. Die Beteiligung der einzelnen Versicherungsanstalten an der Förderung solcher gemeinnütziger Zwecke war verschieden, um stärkster in der Provinz Sachsen, Hannover und in Württemberg, am schwächsten in der Provinz Posen und Schlesien.

Österreich-Ungarn.

* Die Meldungen über den Aufstand der erkannten Kronprinzessin Stephanie lauteten äußerst ungünstig.

* Zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung ist ein Widersatz der Ausschauungen zu Tage getreten. Der ungarische Ministerpräsident Banski rückte eine Note an Gautsch, er könne die Einführung einer Ausgleichsvorlage nicht länger hinausschieben. Gautsch erhielt hierüber dem Monarchen Bericht, und dieser wies ihn an, den Reichsrat so bald wie möglich einzuberufen. Gautsch trug dem Kaiser vor, die Einberufung des Reichsrats werde nicht viel helfen, weil dieser infolge der Parteiverhältnisse actionsunfähig sei. Trotzdem bestand der Kaiser auf der Einberufung. Hieran knüpften sich Gerüchte von einem Rücktritt des Kabinetts Gautsch. Auf die Note Banskis antwortete Gautsch mit dem Verlangen, er möge ein deutsches Ausgleichsprovisorium herbeiführen, was Banski ablehnte. Dies ist augenblicklich der Stand der Sache.

* Das Prager Verbot des Farbenstragens ist am Mittwoch aufgehoben worden.

* Die amtlichen Nachrichten aus dem Szabolcsler Komitat lauten beruhigend. Die Bauernrevolte ist anscheinend durch das Einschreiten des Militärs unterdrückt und es herrscht äußerlich vollkommene Ruhe. Aber man traut dem Frieden nicht. Für das Frühjahr droht man eine verschärzte Wiederholung der Unruhen. Man befürchtet besonders, daß die Rebellen die angeworbenen fremden Arbeiter zur Arbeit nicht zulassen werden. Die eingesezten Arbeiter wollen keine Verträge abschließen und die Gutbesitzer sind darauf angewiesen, für die Frühjahrsworke fremde Arbeiter anzuwerben. Schon jetzt wird offen verkündet, daß slowakische Weiber nicht ins Szabolcsler Komitat kommen werden. "Wir werden uns bewaffnen," so droht man, "und bereit sein, die Fremden zu empfangen; es wird auf Leben und Tod gehen, aber herein kommen sie nicht!" Die Lage ist demnach durchaus nicht friedlich; das Volk ist momentan ruhig, aber die Anzahl derer, die sich im geheimen um die rote Fahne scharen, wächst von Tag zu Tag in allen Gemeinden des Szabolcsler Komitats.

Italien.

* Am Mittwoch nahm Papst Leo die Glückwünsche des Kardinal-Kollegiums anlässlich des 20. Jahrestages seiner Krönung und seines 88. Geburtstages entgegen.

Saalkasten.

* Die am Nordanschlag Rätsel beteiligten dürften die Polizei schon bald alle gefaßt haben. Zwei Genossen Karbys hatten sich gleich nach der That nach dem Nordanschlag, in der Hoffnung, dort ein anlaufendes Schiff besteigen zu können. Da sie ein solches nicht vorhanden, schrien sie wieder nach Hafen zurück und hielten sich nun bei ihren Freunden verborgen. Auf die Anzeige eines Werkführers aus Macedonia hin gelang der Polizei Dienstag abend die Festnahme des zweiten, ebenfalls aus Macedonia stammenden Thäters, des Arbeiters Giorgis, in dem nahen Dorf Battissa. Dieser leugnete zuerst; als er aber Karbys gegenübergestellt wurde, räumte er seine Beteiligung ein und fügte hinzu, er sei durch Karbys gleichsam hypnotisiert worden. Derselbe habe ihm vorgesetzt, daß sie ein Werk, welches großen Nutzen erbrachte, auszuführen im Begriff seien, daß sie beide berühmt machen werde; im letzten Augenblick sei er jedoch schwach geworden und habe die Pferde nicht treffen können, wodurch der Anschlag vereitelt worden sei. — Die Polizei hat inzwischen auch die Spur von dem Reste der Bande gefunden.

* Die serbische Regierung hat in einer

besonderen Note die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie weiter gegen die Berufung des Prinzen Georg nach Kreia irgend welchen Einpruch erheben, noch auch dieselbe zum Anlaß nehmen würde, für das Serbentum auf der Balkanhalbinsel Gefahrenszeitig zu machen. Nach Nikolaus von Montenegro hatte kurz vorher in einem Handschreiben an den König Georg erklärt, daß er aus Rücksicht auf seine Familie die Einsetzung des Prinzen Bogo Petrovitch als Gouverneur von Kreia nicht zulassen könne, daß er aber die Berufung des griechischen Prinzen Georg von ganzem Herzen begrüßen würde. Fast gleichzeitig veröffentlichte das bulgarische Regierungsblatt "Mir" einen Artikel, worin erklärte wurde, daß die Einsetzung des Prinzen Georg auf Kreia den bulgarischen Interessen in keiner Weise zumutbar sei.

Amerika.

* Die Rüstungen der Ver. Staaten bauen fort. Verhandlungen mit verschiedenen ausländischen Schiffswerften bezüglich Aufnahmen neuer Kriegsschiffe sind in Gang. Der Marineminister Long erklärte, Spanien sei nicht verantwortlich für die "Maine"- Katastrophe.

Alten.

* Der Vertrag über die Aufnahme einer chinesischen Anleihe, welche die Hongkong- und Shanghaibank im Verein mit der Deutsch-Australischen Bank der chinesischen Regierung angeboten haben, ist nunmehr im Europa-Li-Yamen unterzeichnet worden. Die Anleihe beträgt 16 Millionen Pfund zu 4%, Prozent und ist rückzahlbar nach 45 Jahren mittels Tilgungsfonds. Die Sicherheit bildet der unbekannte Ueberdruck der Seezolle und näher angeführte Lizenzzölle. Die Eintüpfung von Ueberhang und der Jangtse-Floden werden der unmittelbaren Aufsicht der kaiserlichen Zolldirektion unterstellt.

Deutscher Reichstag.

* Am 3. d. wird die zweite Sitzung des Staatsbeamten-Eisenbahnen-Amts fortgesetzt. Die Diskussion über den Titel "Präsident" dauert fort. Zu demselben liegen vor der Antrag Baudissens.

* Maßnahmen gegen die Häufung von Unfällen,

wie sie in letzter Zeit vorgenommen, und betr. die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Bahn,

sowie der Antrag Stumm auf Streichung der Worte „wie sie in letzter Zeit vorgenommen“ in dem ersten.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

* Abg. Stolle (soz.): Die Thatache, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Unfälle zugewachsen seien, sei aus der Lieberlaltung des Verhältnisses zu erklären. In Sachsen komme es nach Zeitungsberichten vor, daß Eisenbahnbeamte 22 Stunden Dienst thun müssen. Statt Hunderte von Millionen für die Verstärkung der Polizei auszugeben, sollte man lieber die Verkehrsverhältnisse im Innlande verbessern.

Politik der Minister Thiel und v. Miquel durchaus zufrieden.

Abg. Werner (Antif.) ist der Meinung, daß das Element der Dürkholz in der preußischen Staatsbahn-Verwaltung doch zu sehr überwacht. Sparsamkeit sei doch manchmal über angebracht; Beamte würden an Stellen verwendet, für die sie gar nicht geeignet seien. Redner spricht sich sodann gegen die geforderte Gehaltszulage für den Präsidenten des Reichs-Gebäudemanns aus.

Abg. Prinz Schönacius. Carolath (nat-lslb) schlägt sich den Klagen des Abg. Röhlisch über den Wagenmangel an. Die Ursache der Unzufriedenheit ist in dem zuviel unzureichenden Material, zum Teil in zu weitreichenden Anordnungen an das Personal. In beiden Beziehungen müsse Wandel geschaffen werden.

Abg. Fuchs (Benz.) erklärt sich gegen die allgemeine Einschränkung von Staatsdiensten.

Abg. Graf Raniz hält es für bringend notwendig, daß noch im Laufe dieser Session eine Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zwischen Deutschland und England eintrete.

Der Titel "Präsident" wird nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen bewilligt, der Antrag Wachsmuths angenommen. — Der Abg. des Staats des Reichsgebäudemanns gelangt debattlos zur Annahme.

Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch die Vorlage betr. Erhöhung des Kapitals der Centralgenossenschaftsbahn auf 50 Mill. M. in dritter Lesung an. Die Rottandsvorlage wurde in zweiter Lesung nach den Beschlüssen der Kommission einstimmig angenommen. Die Kommission hatte beschlossen, daß die von der Regierung zu beschließen an die durch Gesetz festgesetzten 5 Mill. M. nach Bedarf bis auf 10 Mill. erhöht werden können und auch Beihilfen an die Kreise gewährt werden sollen. Gegen beides erhob Finanzminister v. Miquel lebhafte Widerrede, weil es konstitutionell bedenklich sei, der Regierung eine derartige Gewalt zu geben; außerdem sei die Regierung auch der Lebenseingang, daß 5 Millionen auszuüben würden. Im Hause fanden diese Ausführungen jedoch keine Zustimmung.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Donnerstag das Anfertelungsgesetz in zweiter Lesung gegen die Stimmen der beiden freiländischen Parteien und des Zentrums angenommen. Die Polen hatten, nachdem sie vorher durch den Abg. Motz eine kurze Protesterklärung abgegeben hatten, sich aus dem Staat entfernt. Der Abg. der Anfertelungskommission wurde noch unerheblicher Debatte genehmigt und die dazu gehörige Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Von Nah und Fern.

Altenburg. Herzog Ernst fragte gelegentlich der Audienz einer Bauernabordnung an, ob man sich